

## Die Volksversorgung im Hauptauschuß.

↳ Berlin, 3. Dezember (Telegr.)

Die Budgetkommission des Reichstags (Ausschuß für den Reichshaushalt) trat heute vormittag, nachdem sie gestern abend den Berichtsstatter über die Bundesratsmaßnahmen betreffend die Volksernährung gehört hatte, in die Beratung dieser Fragen ein. Als erster Redner sprach der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Dr. Delbrück, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden. Ihm folgte ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit einer langen Rede, in der er zunächst erklärte, daß das

Ergebnis des ersten Kriegsjahres

verhältnismäßig gut gewesen sei, da eine allzugroße Preistreiberei im Durchschnitt nicht wahrzunehmen gewesen sei. Die sozialdemokratische Partei tadle nicht alles, sie erkenne an, daß manches geschehen sei, aber dies sei unvollständig gewesen und verspätet gekommen. Dadurch sei auf manchen Gebieten jener Wucher möglich geworden, den schließlich auch die Reichsregierung festgestellt und zu dessen Bekämpfung sie sich entschlossen habe, die Teuerung treffe sowohl die Arbeiter, wie die Kleinbauern und den Mittelstand. Ihr Einfluß auf die Volksgesundheit könnte bei längerer Dauer nicht übersehen werden. Die wichtigste Frage sei, wieweit die

Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

gerechtfertigt sei. Hier bezieht sich der Redner auf Darlegungen des fortschrittlichen Abg. Wendorf und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hofer in Zeitungsaussähen und im preußischen Landtage. Im Landtage habe die Regierung erklärt, daß für 1914 Höchstpreise vielleicht nicht gerechtfertigt seien, aber für 1915 gerechtfertigt sein könnten. Im Landtage sei bereits darauf hingewiesen worden, daß die Preise für Kunstdünger nicht besonders gestiegen seien, die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft desgleichen. Hohe Preise würden nur gerechtfertigt durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot- und Nachfrage; unter den jetzigen außerordentlichen Verhältnissen könne aber diese Richtschnur nicht gezogen werden. An Arbeit habe es der Bundesrat nicht fehlen lassen, da er 250 Verordnungen herausgegeben habe. Wenn man in landwirtschaftlichen Kreisen glaube, daß die Höchstpreise erhöht würden, so sei alsbald Zurückhaltung der Produkte zu verzeichnen. Eine Ursache der nicht völligen Wirksamkeit der Verordnungen sei, daß man nicht genau gewußt habe, was im Lande vorhanden sei. Hoffentlich werde später eine bessere Statistik durch unabhängige Wirtschaftstatistik geführt werden. Vollkommen geklappt habe nur die Brotversorgung. Das Volk habe die Beschränkung des Verzehrs willig ertragen. Die Preise von Getreide und von Mehl ständen zu einander in gar keinem Verhältnis. Der Mangel an Höchstpreisen für Gerste habe Preistreiberien beim Bier ermöglicht. Die Interessenten fordern eine Erhöhung der Zuckereinstreupreise um 15.%; dem dürfe nicht stattgegeben werden. An der Verwirrung auf dem Kartoffelmarkt trage die Bestimmung Schuld, daß aus den geernteten Kartoffeln Speisepotatosen verlesen werden könnten. Den Mangel an Futtermitteln habe man benutzt, um die Preise von Fleisch und Vieh zu treiben. Die Landwirtschaft halte die Schweine zurück, weil man auf eine Erhöhung der Preise hoffe. Es müßten Fleisch- und Fettkarten eingeführt werden. Die fleischlosen Tage beständen nicht für diejenigen, die sich am Tage zuvor genug Fleisch kauften. Es sollten nur Kriegswurst und Kriegstafel hergestellt werden; wenn nur eine, oder höchstens zwei bis drei Sorten angefertigt werden dürften, so werde das zur Verbilligung dienen. Die jetzigen Butterpreise seien für die unbemittelten zu hoch. „Wir verlangen nicht, daß die Produzenten unter den Erzeugungskosten verkaufen sollen, es sollen nur die Auswüchse beseitigt werden.“ Den Gemeinden sei ein weiteres Eingreifen aus finanziellen Gründen erschwert, weshalb das Reich ihnen zu Hilfe kommen müsse. Es müsse eine lückenlose Festsetzung von Höchstpreisen eintreten. Der von einem Zentrumsblatt geforderte wirtschaftliche Diktator würde sich noch weniger von Einflüssen frei machen können, die nicht als günstige bezeichnet werden könnten. Bei der Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise schienen Unstimmigkeiten zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den Reichsstellen bestanden zu haben. Es gebe nur einen Diktator, der gegenständig wirken könne, das sei die öffentliche Meinung. Man möge doch den einstimmigen Beschluß des Reichstags ausführen, nämlich eine Reichslebensmittelzentrale zu errichten, die die ganze Volksernährung überwachen solle. Der Reichstag sollte ständig mitreden.

Nach dem sozialdemokratischen Redner ergriff ein konservativer Abgeordneter das Wort. Er hob hervor, daß wir auskommen würden, solange die Erzeugung im Lande nicht zurückgeht. Hierauf muß dauernd die größte Rücksicht genommen werden. Die Erhebungen seien nicht ganz zuverlässig. Es müsse vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet werde. Infolge der Verfütterung von Futterrüben sei die Rübenablieferung an die Zuckerraffinerien gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fetten sei nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Wertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs seien, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt habe, die Preise. Es sei unbedingt vaterländische Pflicht aller Landwirte, aus dem Boden zu holen, was möglich sei, auch dann noch, wenn es sich etwa nicht mehr lohnen sollte. So dächten nicht nur alle Männer, sondern auch alle Frauen in der Landwirtschaft. Natürlich habe diese Opferwilligkeit ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit. Darum müsse zwischen

Erzeugungs- und Verkaufspreis

das richtige Verhältnis bestehen; es sei aber auf einigen Gebieten beeinträchtigt. Die Futtermittelpreise seien unverhältnismäßig höher gestiegen als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Produktion eines Liters Milch koste heute 15.3 mehr als in normalen Zeiten. Es wäre zu wünschen, daß auch in den andern Bundesstaaten das Vorgehen des preußischen Finanzministers befolgt werde, der sich bereit gefunden habe, Beträge zur Vermehrung der Fleisch- und Fettvorräte durch Anschaffung von Schrot und andern Futtermitteln für die Schweinemästung zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für eine allgemeine Durchführung dieser Maßnahmen im ganzen Reich würden nur den Kosten weniger Kriegstage gleichkommen, und ein solches Opfer wäre um so eher zu tragen, als auf diese Weise die Quelle vieler Mißstimmungen verstopft würde. Es sei unwirtschaftlich, etwa dem einen Landwirt die Futtermittel zu nehmen, um sie dem andern zu geben. Dies würde letzten Endes die Einführung der Gemeinwirtschaft bedeuten, wie sie in Rußland bestehe, und die noch nicht ein Drittel unserer Erträge liefere. Auf dem Gebiete der

Kartoffelversorgung

hätte ein Übereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt. Man habe aber im letzten Moment eine Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen gestellt worden wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen seien Kartoffeln zum Zweck von Preistreiberien nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liege auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Für die Ver-